



Ausschuss für Frauenpolitik

13. Sitzung (öffentlich)

17. August 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Konzeption und Finanzierung der Regionalstellen Frau und Beruf im Jahr 2007 sowie Restfinanzierung im Jahr 2006 | 1 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 14/547 | |

Dem Bericht der Landesregierung durch Minister Armin Laschet
schließt sich eine Aussprache an.

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 2 | Stalking bekämpfen und die Opfer wirksam schützen | 18 |
| | Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1557
Vorlage 14/579 | |

Da der schriftliche Bericht zum Thema des Tagesordnungspunktes zu
kurzfristig vorgelegt worden ist, verständigt sich der Ausschuss darauf,
die abschließende Beratung und Abstimmung um eine Sitzung zu
schieben.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/231
Ausschuss für Frauenpolitik		17.08.2006
13. Sitzung (öffentlich)		sl-ad
		Seite

3 Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden 19

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/471 (Neudruck)
Ausschussprotokoll 14/215 (wird erwartet)

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/471 (Neudruck) wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ohne Enthaltung angenommen.

4 Menschenhandel bekämpfen - Opferrechte weiter ausbauen 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1987

Der Ausschuss nimmt zunächst einen Bericht zum Thema des Tagesordnungspunktes durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/1987 wird einvernehmlich ohne Votum an den federführenden Fachausschuss überwiesen.

5 Umsetzungsstand einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW 23

Ein Vertreter des MAGS berichtet dem Ausschuss (s. Vorlage 14/627).
- Der Ausschuss verständigt sich darauf in der Folgesitzung vertieft zu beraten. Dann sollen auch Fragen, die vorab schriftlich beim Ministerium eingereicht werden, beantwortet werden.

6 Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat 26

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Bericht zunächst schriftlich entgegen zu nehmen. Die inhaltliche Diskussion wird in der nächsten Sitzung stattfinden. Fragen an das Ministerium sollen vorab schriftlich eingereicht werden.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/231
Ausschuss für Frauenpolitik		17.08.2006
13. Sitzung (öffentlich)		sl-ad
		Seite

7 Verschiedenes

- Hochschulfreiheitsgesetz

Siehe Seite 26 des Diskussionsteils

Berichtigung zum Protokoll der 12. Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik vom 11. Mai 2006 (APr 14/201)

Zum Tagesordnungspunkt 7 „Gründerinnen und junge KMU in der Nachgründungsphase durch ein originäres Mikrolending-Angebot unterstützen“ hat - anders als im Protokoll vermerkt - OAR Dirk Schultz für das MWME gesprochen.

6 Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat

Der **Ausschuss** erklärt sich mit dem Vorschlag von **Minister Laschet** einverstanden, den Bericht - wird als Vorlage 14/1583 nachgereicht - zu diesem Thema zunächst schriftlich entgegen zu nehmen. - Die inhaltliche Diskussion solle in der nächsten Ausschusssitzung stattfinden. Fragen zum Bericht sollten vorab schriftlich eingereicht werden.

7 Verschiedenes

- Hochschulfreiheitsgesetz

Gerda Kieninger (SPD) kommt auf die zum Thema „Hochschulfreiheitsgesetz“ in der nächsten Woche stattfindende Anhörung zu sprechen. Frauenpolitik sei dort ein wichtiger Aspekt. Nach dem Gesetzentwurf würden aber die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten eingeschränkt. Mädchen und junge Frauen müssten im naturwissenschaftlichen Bereich und in der Mathematik jedoch stärker beteiligt werden. Der Frauenanteil bei den Professuren müsse erhöht werden.

Es wäre wünschenswert gewesen, die Anhörung als Pflichtsitzung für den Frauenausschuss vorzusehen. Sie gehe von einer breiten Beratung im Ausschuss aus. In der nächsten Sitzung solle das Wissenschaftsministerium über den Frauenförderbereich im Sachzusammenhang berichten. Wie werde Gender-Mainstreaming umgesetzt?

Barbara Steffens (GRÜNE) bemängelt das bisherige Prozedere im Vorfeld der Anhörung. Auch in der Koalition habe es kein einheitliches Meinungsbild gegeben. Eine Obleuterunde zur Klärung sei nicht einberufen worden. Außerdem reiche es doch aus, wenn eine Fraktion eine Anhörung beantrage. Mehrheitsbeschlüsse seien also nicht erforderlich.

Ausschussvorsitzende Elke Rühl resümiert, die Anhörung werde auf jeden Fall stattfinden. Jeder/jedem sei die Teilnahme freigestellt.

gez. Elke Rühl

Vorsitzende

ad/29.08.2006/06.09.2006

153

